

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Nach Osten oder nach Westen?

Die britischen Pressedarstellungen können ebensowenig wie die amtliche Verlautbarung des britisch-italienischen Schlußcommuniqués verbergen, daß Chamberlains Rombesuch ergebnislos verlaufen. Ja, man wird froh sein müssen, wenn sich hinter dieser Ergebnislosigkeit nicht jene gefürchtete geheime Nachgiebigkeit des britischen Premiers verbirgt. Wenn nicht nachträglich herauskommt, daß er dem Duce doch noch versprochen, mit Frankreich „ein Wörtchen zu reden“, und wenn nicht morgen das britische auswärtige Amt einen Druck auf den französischen Außenminister Bonnet auszuüben beginnt, Italien Vorschläge zu unterbreiten, die den Krieg verhüten könnten.

Diese Vorschläge würden administrative Zugeständnisse in Oshibuti, Mitherrscherrechte auf der Abessinienbahn und im Hafsen, Neuregelung des tunesischen Italienerstatuts und wer weiß was sonst betreffen, und die scheinbare Berechtigung solcher Verhandlungen würde der Angelhaken sein, womit Mussolini seine Fische zu fangen gedächte. Also nichts als der gefürchtete „böse Anfang“.

Es scheint indessen, als ob man Chamberlains Reise rasch vergessen werde über einer andern, folgenreichern: Der Berlinerreise des polnischen Außenministers Beck. Herr Beck vermag persönlich bei Hitler mehr als irgendein anderer Staatsmann; er stellt jene polnische Richtung dar, die angeblich mit Deutschland gegen Rußland marschieren würde; er ist der „Pro-Faschist“, der „Gleichgesinnte“. Und ihm scheint es gelungen zu sein, das bisherige Hitlerprogramm, das durchaus östlich gerichtet war, umzuwerfen und eine andere Reihenfolge der „europäischen Traktanden“ durchzusetzen. Mit welchen Argumenten? Darüber kann man nur Vermutungen anstellen. Herr Beck wird auf die Gefahr eines engern Zusammengehens zwischen Polen und Rußland hingewiesen haben, wird gesagt haben, daß es die Ukraine-Pläne seien, die Polen zwingen würden, bei den verhassten Bolschewiki Schutz zu suchen. Und er wird beigefügt haben, daß die westlichen Mächte im Falle einer russisch-deutschen Verwicklung unter allen Umständen eingreifen würden. Und daß es darum besser wäre, zuerst im Westen reinen Tisch zu machen!

Und schon fängt der Westen an, sich ernsthaft zu beunruhigen. Einige Steinwürfe oder auch Schüsse aus kleinkalibrigen Pistolen, die in Amsterdam gegen die Wohnung des deutschen Konsuls gerichtet wurden, (im Haag fand man eine kleine Kugel), geben der deutschen Presse Anlaß zu einer wütenden Offensive gegen die Niederlande. Dort sollen angeblich „destruktive jüdische Elemente“ die Sicherheit der deutschen Konsularbeamten bedrohen. Die holländische Polizei behauptet, es seien nicht Juden, sondern Kinder mit Steinschleudern gewesen! Die öffentliche Meinung aber fragt nach dem Grunde der deutschen Empörung. Sie erinnert sich, daß ein britischer Politiker behauptet hat, der „Westangriff“ würde mit einer Invasion in den Niederlanden beginnen. Dazu ist bekannt, daß England damit rechnet, bei Kriegsausbruch 200,000 Mann nach Holland werfen zu müssen. Soll am Ende, so fragt sich das holländische Volk, der Schritt des deutschen Gesandten im Haag, der Beginn einer Aktion ähnlich jener gegen die Tschechen im vergangenen Jahr sein?

Und soll, so fragt man sich in London und Paris, in Brüssel und in Bern, diese Aktion damit im Zusammenhang stehen, daß Berlin gemäß seiner Schwentung nun doch ernstlich die italienische Partie spielen und im Zusammenhang damit die Kolonialfrage aufrollen will?

Und wiederum wird angenommen, es sei der famose Herr Beck gewesen, der den Führer überzeugt habe, daß der „richtige

Weg“ unbedingt die Voranstellung der italienischen und deutschen kolonialen Forderungen verlange. Und daß die Zeit rasch heranrücke, da man den Franzosen das Geheiß des Handelns vorschreiben könne.

Ob es aber Herr Beck war, oder ob Graf Ciano noch ernsthafter auf Hitler eingewirkt, eines muß man in Berlin in den letzten Tagen innegeworden sein: Die Aussichten Francos wachsen und rücken den Moment näher, den die beiden faschistischen Staaten ursprünglich als den wirklichen Ausgangspunkt der Offensive gegen Frankreich betrachtet hatten: Kommt es nämlich zum Zusammenbruch Kataloniens und zur völligen Besetzung der Pyrenäenlinie, dann hat sich die Lage Frankreichs mit einem Schlage katastrophal verschlechtert, und man steht vor Tatsachen, die Mussolinis Forderungen aus dem Bereich des Wahnsinns in den Kreis der Möglichkeiten rücken.

Es ist die französische Presse, die plötzlich begriffen hat, was vorgeht, und es sind die Parteien von rechts nach links, die unter einer Art Hypnose die längst fälligen Schwenkungen vollziehen. Léon Blum hat mit Daladier verhandelt und gegen das Versprechen rascher Streikamnestie Unterstützung der Sozialisten zugesagt. Die Kammer hat in einer Debatte erregt zugehört, wie der Kommunist Piétri erklärte, das Schicksal Frankreichs werde in den katalanischen Schützengraben entschieden. Der rechtsgerichtete ehemalige Pariser Stadtratspräsident Laurent bezeichnet den Sieg Francos als schwere Gefahr für Frankreich. Es scheint, man wolle sich hinter Daladier scharen, und nur der fatale „Münchener“, der Außenminister Bonnet, steht der aktiven Haltung Daladiers im Wege.

Möglich ist indessen, daß der Anstoß für eine aktivere Haltung aus den Armeekreisen kommen wird. General Gamelin, der Armeechef, unternimmt mit dem Flottenchef Darlan eine Inspektionsreise nach Nordafrika; gleichzeitig vereinigen sich die französische Atlantikflotte und die Mittelmeerflotte in den nordafrikanischen Gewässern, um den Italienern zunächst einmal die Existenz des tunesischen Hafens Bizerte vorzuführen . . . nebenbei gesagt, eine der modernsten und gewaltigsten Seebefestigungen der Welt!

Die bange Frage lautet: Wiegt sich Frankreich in der Illusion, Hitler sei im Osten beschäftigt und werde Italien seinen Mittelmeerhandel allein ausfechten lassen? Und . . . wenn es aus dieser Illusion erwacht . . . wird es zusammenklappen und das Steuer seinem unentbehrlichen Friedensretter Bonnet und seinen Hintermännern, Flandin, Tardieu oder wie sie heißen, und der interessierten Hochfinanz überlassen? Es ist sehr seltsam, daß von Rußland überhaupt nicht mehr die Rede zu sein scheint. Nimmt man die russisch-deutsche Verwicklung im Falle einer „Westattacke Deutschlands“ als selbstverständlich an? Oder hofft man, es werde doch noch „zuerst ostwärts“ gehen?

Der Anschluß Ungarns an den Antikominternpakt, die Frucht der Cianoreise nach Budapest, wird als Auftakt eines Angriffes gegen Rumänien betrachtet. Aber dieser Auftakt bedeutet noch lange nicht den deutsch-russischen Krieg . . .

Der Rückzug der Katalanen.

Rückzüge sind gefährlich, wenn sie nicht durch unverbrauchte Reserven gestützt, durch Gegenstöße gesichert und in wohlausgebauten neuen Stellungen zum Halten gebracht werden können. Ueber den guten Ausgang des katalanischen Zurückgehens muß darum ein Fragezeichen gesetzt werden. Vor allem auch darum, weil die republikanischen Entlastungsaktionen in der Extremadura und bei Madrid nur geringe Teile der Francoarmee aus dem katalanischen Kampfgebiet abzuziehen vermochten.

Eine Hoffnung bleibt freilich noch übrig: Die Abnutzung des Materials, wie ungeheuer auch der Einsatz Mussolinis gewesen sei, gehört zu den Erfahrungen jeder Offensive im modernen Kriege, und so wie nach dem Durchbruch in Aragon, im vergangenen Frühjahr, die Bestände der Artillerie Francos, des Flugparks und des Trains recht eigentlich „kaput“ waren, so müssen sie auch diesmal schwer gelitten haben. Im selben Maße oder noch schlimmer wurde natürlich das Material der so weit unterlegenen Republikaner mitgenommen, und die Moral der Milizen muß unfassbar stark sein, wenn sie wirklich durchhalten und nochmals auf verkürzter Linie zum Stehen kommen.

Diese verkürzte Linie steht heute noch nicht fest, und man sieht nur, daß die Hälfte des Restgebietes um Barcelona verloren gegangen. Der Vorgang ist klar: Mit einer Unmasse von Geschützen, jede 33 Meter eines, wurde der Stoß im Norden über Artesa nach Agramunt, im Süden von Seros gegen Montblanch geführt; damit war die Mittelfront vor Verida gezwungen, zurückzugehen, desgleichen der Südflügel zwischen dem Ebro und dem Meer. Dies nach fast vierwöchiger Schlacht. Am Ende der Kämpfe näherte man sich abessinischen Zuständen: Francosflieger mit Maschinengewehren aus der Luft gegen Infanteristen mit aufgeflepptem Bajonett, ohne Munition.

Geht die Sache nicht ganz schlecht, dann hält die neue Front auf einer Linie, die nahezu mit der Westgrenze der Provinz Barcelona zusammenfällt . . .

Am 22. Januar.

Zwei Vorlagen kommen zur Abstimmung; von der einen kann man fast sicher sagen, daß sie verworfen wird, die andere aber hat alle Aussicht, durchzudringen. Man konnte aus vielen Versammlungsresolutionen den Fahrplan beider Vorlagen ablesen. Die „Verfassungsgerichtsbarkeit“ für den Bund, an sich notwendig, gefällt nicht. Die Parteien finden, die Art, wie die zur Abstimmung gelangende Initiative unsere Bundesverfassung gerichtlich schützen will, sei zu wenig durchdacht und also unreif. Die Dringlichkeitsvorlage, d. h. der Gegenentwurf der Bundesversammlung zur „Dringlichkeitsinitiative“ der Richtlinienbewegung, die inzwischen zurückgezogen wurde, wird dagegen allgemein gutgeheißen.

Irgendwie schaut man dem gemächlichen Spiel der Abstimmung über eine lang hingezogene Sache unruhig zu. Denn man wird die Frage nicht los, ob das souveräne Volk und seine Vertreter das, was uns nottäte, nicht etwa durch die neuen Gesetze hintanhalten! „Dringlichkeit“ ist ein Begriff mit Janusgesicht. Einerseits muß man wünschen, daß Bundesrat und Bundesversammlung in gewissen Fällen ein ganz anderes Tempo einschlagen möchten. Andererseits bekommen wir es mit der Angst, was aus der Demokratie werden soll, wenn die Kontrolle des notwendigerweise langsam arbeitenden Referendumsapparates wegfällt.

Hier bringt der „Gegenentwurf“ der Bundesversammlung nun irgendwie Klärung. Er umschreibt jene Fälle, die „dringlich“ sind und scheidet sie von den nicht-dringlichen prinzipiell aus . . . ob genau genug, wird die Zeit lehren; im wesentlichen handelt es sich um die „zeitlich“ pressierenden Vorlagen. Dazu wird dafür gesorgt, daß nur die Mehrheit aller Volksvertreter, nicht der zufällig Anwesenden, einen Dringlichkeitsbeschluß fassen darf . . . hier wird einmal dem Schwänzen ein Kiegel geschoben.

Bielleicht sollte man, nachdem das Parlament nun präziser weiß, in welchen Fällen es ungesäumt und ohne Rücksicht auf einen verwerfenden Volksentscheid Gesetze (freilich befristete!) schaffen darf, eine weitere Initiative lancieren, die für dring-

lich zu erklärende Vorlagen einen Maximaltermin festsetzt? Damit nicht halbe Jahre lang über eine zeitlich dringliche Vorlage gefeilscht werden kann! Spaß beiseite: Die „zeitliche Dringlichkeit“ kann dort nicht vorhanden sein, wo sich das Parlament unbestimmt lange Beratungsfristen erlaubt!

Die „Gerichtsbarkeit zum Schutze der Verfassung“, die diesmal keine Erweiterung erfahren wird (man erwartet, wie gesagt, Verwerfung), hat ebenfalls zwei Gesichter. Daß irgendwelche Partei die gesetzgebende und ausführende Behörde wegen Nichteinhaltung der Verfassung einklagen könne, (wie die amerikanischen Unternehmer einen Roosevelt mit seinem New Deal eingeklagt haben), scheint zu den allerletzten und vollkommensten Sicherungen des Verfassungslebens zu gehören. Aber wehe, wenn diese juristischen Möglichkeiten bis zu jenem Grade erweitert würden, der nur noch Sabotage lebendiger und zeitrichtiger Gesetzgebung genannt werden kann! „Verfassungsgerichtsbarkeit“ verlangt als Gegengewicht das ungehinderte Wachsen der Verfassung, sozusagen ein Registrieren jedes neuen Erfordernisses veränderter Umstände. Die Verfassungs- und Gesetzesmaschine verlangt Del, keine Sandkörner im Getriebe!

Dienstbotenfrage.

Deutschland ruft seine Dienstmädchen heim . . . zweieinhalbtausend sollen allein aus Basel abziehen, die zehnfache Zahl, so nimmt man an, wird mit der Zeit „zurückgezogen“. Die deutsche Maßnahme wird mit einem Mangel an Arbeitskräften im Reich begründet, und die Methode, die Mädels heimzuzwingen, ist sehr einfach . . . dafür sind die Pässe da, die nur noch befristet verlängert werden.

Man sollte nun meinen, die Schweiz atme auf, und die eidgenössischen und kantonalen Behörden gedächten extra Dank schreiben an die deutschen Amtsstellen zu richten. Denn unsere Arbeitslosenziffer nähert sich bald wieder den 100,000, und wenn anstelle der 25,000 wegziehenden „Germaninnen“ ebensoviele „Helvetierinnen“ treten, dann muß es uns doch leichter werden, nicht wahr?

Wenn das so leicht ginge! Wenn mit einigen Federstrichen verfügt werden könnte: Es werden abkommandiert zum Hausdienst die Fabrikarbeiterinnen Jahrgang soundso . . . und wenn ebenfalls dekretiert werden könnte: Die Arbeitszeit im „Hausdienst“ darf die Arbeitszeit in den Fabriken nicht überschreiten, und die verrechnete Bar- und Naturalentlohnung darf nicht unter derjenigen der Industrie bleiben!

Hier liegt ja der Hase im Pfeffer: Grundlos ziehen die jungen Mädchen die Fabrik dem Hausdienst nicht vor! Und es heißt direkt heucheln, wenn man an diesen Hauptgründen vorbeisehen will: Arbeitszeit, Entlohnung und Hand in Hand damit „Behandlung“. Man kann sich auch gar nicht vorstellen, daß „auf demokratischem Wege“ der Abmarsch aus der Industrie in den Hausdienst anders als eben durch Schaffung anderer Bedingungen ermöglicht werden könnte!

Die „Konferenz betreffend Arbeitsmarktfragen im Hausdienst“ hat auch unumwunden den Finger auf die richtige Stelle des Problems gelegt und die Gesinnung beider Teile, des Arbeitgebers und -Nehmers als entscheidend genannt. Fügen wir bei, daß diese Gesinnung sich oft genug auch in der Höhe des bezahlten baren Salärs äußert, daß indessen das Dienstmädchen ebensohoch und höher eine verständige „Madame“ und einen menschlichen „Monsieur“ schätzt. Hier wird wahrhaftig Gesinnung zu einem volkswirtschaftlichen Faktor! Aber Madame und Monsieur würden sich befegnen, wollte man ihnen durch Kommando irgendwelches Volk zuhalten. Hier ist einmal organische eidgenössische Langsamkeit am Platz.